

D. 2000 — 2294

[C — 2000/33069]

16. JUNI 2000 — Erlass der Regierung zur Festlegung einer Nutzungsordnung für den Offenen Kanal

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Auf Grund des Mediendekretes vom 26. April 1999, insbesondere des Artikels 25;

Auf Grund des Gutachtens des Medienrates vom 25. April 2000;

Auf Grund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 1. Februar 2000;

Auf Grund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere Artikel 3 § 1, ersetzt durch das Gesetz vom 4. Juli 1989 und abgeändert durch das Gesetz vom 4. August 1996;

Auf Grund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass der Offene Kanal und die Vereinigung ohne Gewinnerzielungszweck, die mit der technischen und organisatorischen Durchführung des Offenen Kanals beauftragt ist, bereits bestehen und dass schon Beiträge gesendet werden und sich die Verabschiedung der Nutzungsordnung aufdrängt;

Auf Vorschlag des Minister-Präsidenten, Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport;

Nach Beratung,

Beschließt:

Begriffsbestimmungen

Artikel 1 - Im vorliegenden Erlass versteht man unter:

1. Regierung: die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft
2. Dekret: das Mediendekret vom 26. April 1999
3. Offener Kanal: ein Fernsehprogramm, das unter der Trägerschaft der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingerichtet ist und das von natürlichen oder juristischen Personen gestaltet wird, indem sie in eigener Verantwortung zeitlich begrenzte Fernsehbeiträge verbreiten;
4. Nutzungsberechtigter: die natürliche oder juristische Person, die gemäß Artikel 25 § 3 des Dekretes als Nutzungsberechtigter gilt;
5. Vereinigung: die Vereinigung ohne Gewinnerzielungszweck, die gemäß Artikel 25 § 1 des Dekretes mit der technischen und organisatorischen Durchführung des Offenen Kanals beauftragt ist.

Nutzungsberechtigung, Nutzerverzeichnis

Art. 2 - Zur Nutzung der Angebote des Offenen Kanals wird der Nutzungsberechtigte vor der ersten Nutzung in das von der Vereinigung anzulegende Nutzerverzeichnis aufgenommen.

Die Anmeldung als Nutzungsberechtigte erfolgt persönlich in einer Geschäftsstelle der Vereinigung. Handelt es sich bei dem Nutzungsberechtigten um eine juristische Person, die ihren Gesellschaftssitz im deutschen Sprachgebiet hat, erfolgt die Anmeldung durch eine von dieser mandatierten natürlichen Person.

Bei der Anmeldung weist der Antragsteller seine Nutzungsberechtigung durch Vorlage folgender in einer der nachstehenden Nummern angeführten Dokumente vor:

1. ein gültiger Personalausweis, wenn es sich um eine natürliche Person handelt, die ihren Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet hat;
2. ein gültiger Personalausweis und eine gültige Bescheinigung des Arbeitgebers beziehungsweise der Ausbildungseinrichtung, aus der hervorgeht, dass der Antragsteller seinen Arbeits- beziehungsweise Ausbildungsort im deutschen Sprachgebiet hat, wenn die Nutzungsberechtigung damit begründet wird, den Arbeits- beziehungsweise Ausbildungsort im deutschen Sprachgebiet zu haben;
3. ein gültiger Personalausweis, die Mandatserteilung durch die juristische Person, ein Dokument aus dem hervorgeht, dass der Gesellschaftssitz der juristischen Person sich im deutschen Sprachgebiet befindet, wenn es sich beim Nutzungsberechtigten um eine juristische Person handelt;
4. ein gültiger Personalausweis und eine Bescheinigung der Regierung, sofern die Nutzungsberechtigung im Sinne des Artikels 25 § 3 des Dekretes erteilt wurde.

Anmeldung eines Beitrags, Verantwortung und Haftung des Nutzungsberechtigten für Beiträge

Art. 3 - § 1 Der Nutzungsberechtigte unterzeichnet für jeden Beitrag, den er über den Offenen Kanal verbreiten will, eine Beitragsanmeldung auf dem von der Vereinigung bereitgestellten Anmeldevordruck und überreicht sie persönlich dem Beauftragten der Vereinigung in einer Geschäftsstelle der Vereinigung. Die Vereinigung kann gemäß dem in Artikel 2 Absatz 3 vorgesehenen Verfahren überprüfen, ob der Antragsteller weiterhin nutzungsberechtigt ist.

Die Beitragsanmeldung enthält neben den Angaben über die Personalien des Nutzungsberechtigten, den Titel des Beitrages mit einer Kurzbeschreibung des Inhaltes, die Dauer des Beitrages, die Produktionsart, das gewünschte Sendedatum und das Datum des Abgabetermins folgende Erklärungen:

1. dass Rechte Dritter der Verbreitung des Beitrages nicht entgegenstehen;
2. dass der Nutzungsberechtigte die Nutzungsordnung zur Kenntnis genommen hat und sie annimmt;
3. dass der angemeldete Beitrag nicht gegen geltendes Recht verstößt, insbesondere auch nicht gegen Artikel 15 und 25 § 2 Absatz 4 des Dekretes;
4. dass für den angemeldeten Beitrag Gebühren für urheber- und leistungsrechtliche Verwertungsgesellschaften entweder nicht anfallen oder dass - sofern sie anfallen - eine vollständige Liste der verwendeten urheberrechtlich geschützten Werke bei vorproduzierten Beiträgen gleichzeitig mit dem Beitrag beziehungsweise bei Live-Sendungen unmittelbar nach Beendigung der Sendung abgeliefert wird. Der Nutzungsberechtigte verpflichtet sich gleichzeitig mit der Abgabe dieser Liste auch die anfallenden Gebühren zu entrichten;
5. dass der Nutzungsberechtigte die Verantwortung und Haftung für den Beitrag übernimmt und sowohl die Vereinigung als auch die Deutschsprachige Gemeinschaft von Schadenersatzansprüchen Dritter freistellt, die aus der Verbreitung des Beitrages entstehen können;

6. dass der Nutzungsberechtigte sich verpflichtet, seinen Namen und seine vollständige Adresse am Anfang und am Ende des Beitrages anzugeben; ohne diese Angaben darf der Beitrag nicht gesendet werden.

§ 3 Beiträge, die von Minderjährigen produziert werden oder an deren Produktion Minderjährige beteiligt sind, werden von einem volljährigen Nutzungsberechtigten, der gemäß Artikel 2 in das Nutzerverzeichnis der Vereinigung eingetragen ist, auf einem besonderen, von der Vereinigung ausgestellten Vordruck angemeldet. Mit der Unterzeichnung dieses Anmeldevordruckes übernimmt dieser Nutzungsberechtigte im Sinne des Dekretes und dieser Nutzungsordnung als Nutzungsberechtigter des Offenen Kanals die Haftung für den angemeldeten Beitrag.

§ 4 Beiträge einer Nutzungsberechtigten juristischen Person werden von einer mandatierten natürlichen Person nach den Vorgaben des § 1 angemeldet.

§ 5 Die Beitragsanmeldung ist persönlich und darf vom Nutzungsberechtigten nicht an eine Drittperson übertragen werden.

Es können nur vom Nutzungsberechtigten produzierte Beiträge angemeldet werden.

§ 6 Ein Nutzungsberechtigter kann höchstens drei Beiträge pro Sendeweche anmelden. Er kann erneut höchstens drei weitere Beiträge anmelden, wenn die vorher angemeldeten Beiträge gesendet oder deren Sendetermine schriftlich abgemeldet wurden. Der Abbruch einer Produktion ist der Vereinigung unmittelbar schriftlich mitzuteilen.

Sendetermine und Sendedauer

Art. 4 - § 1 Die Beiträge werden in der Reihenfolge des Eingangs der Beitragsanmeldung auf den hierfür im Programmschema vorgesehenen Sendeplätzen gesendet. Die Vereinigung arbeitet hierzu ein Programmschema aus, das sie der Regierung zur Kenntnisnahme vorlegt. Der Nutzungsberechtigte kann unter den bei der Anmeldung verfügbaren Terminen wählen. Ein aktueller Beitrag kann außerhalb der Reihenfolge der Sendeangabe gesendet werden, wenn Sendetermine unbesetzt sind oder der Nutzungsberechtigte, dessen vorangemeldeter Beitrag zugunsten des aktuellen Beitrages verschoben werden soll, hierzu sein Einverständnis erklärt.

Die Festlegung des Sendetermins für einen Beitrag erfolgt gleichzeitig mit der Beitragsanmeldung. Die Vorbuchungsfrist für Sendetermine darf höchstens 6 Monate betragen.

§ 2 Die Vereinigung legt einheitlich für alle Nutzungsberechtigten die maximale Länge der Beiträge fest.

Gegendarstellungen, Beschwerden, Aufbewahrungsfristen für Sendebeiträge

Art. 5 - § 1 Das Recht auf Gegendarstellung wird nach Maßgabe der Kapitel II und III des Gesetzes vom 23. Juni 1961 über das Antwortrecht, eingefügt durch das Gesetz vom 4. März 1977, gewährleistet, wobei die Gegendarstellungsansprüche an den für den Beitrag verantwortlichen Nutzungsberechtigten zu richten sind.

Folgende Verfahrensregeln gelten für den Offenen Kanal, um das Recht auf Gegendarstellung zu gewährleisten:

1. Jede natürliche oder juristische Person, die unter Berufung auf das Gesetz vom 23. Juni 1961 ein Antwortrecht geltend machen will im Zusammenhang mit einem über den Offenen Kanal verbreiteten Beitrag, erhält auf seine per Einschreibebrief an die Vereinigung zu richtende Anfrage innerhalb von höchstens 7 Tagen nach Zustellungsdatum dieser Anfrage den Namen und die Adresse des Nutzungsberechtigten mitgeteilt, der den betreffenden Beitrag angemeldet und für dessen Inhalt verantwortlich ist;

2. Die Person, die im Rahmen und in der Form des Gesetzes vom 23. Juni 1961 ein Antwortrecht bei einem Nutzungsberechtigten des Offenen Kanals geltend macht, informiert die Vereinigung darüber durch Einschreibebrief und fügt die Beschwerde in Abschrift bei;

3. Die Vereinigung bewahrt gemäß Artikel 13 des Gesetzes vom 23. Juni 1961 von jedem Beitrag, der über den Offenen Kanal gesendet wird, das Original oder eine Aufzeichnung während mindestens 30 Tage ab dem Tag der Sendung des Beitrages auf. Sofern ihr während dieser Frist ein Antrag auf Gegendarstellung gemäß Absatz 2 bekannt gegeben wird, bewahrt sie das Original beziehungsweise die Aufzeichnung so lange auf, bis das Verfahren in einer im Gesetz vom 23. Juni 1961 vorgesehenen Form abgeschlossen wird;

4. sofern einer Person ein Antwortrecht nach Maßgabe des Gesetzes vom 23. Juni 1961 zugestanden wird und sie der Vereinigung die diesbezügliche Vereinbarung beziehungsweise Entscheidung mit Einschreibebrief übermittelt, wird die Gegendarstellung vor dem ersten Sendebeitrag in der erstnächsten Sendezeit des Offenen Kanals nach Eingang der Mitteilung von einem Mitglied der Vereinigung verlesen und eindeutig als solche während ihrer gesamten Sendedauer kenntlich gemacht.

§ 2 Bei Beschwerden, die eine natürliche oder juristische Person im Sinne des Artikels 54 § 1 Nummer 5 des Mediendekretes gegen einen im Offenen Kanal gesendeten Beitrag beim Medienrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft einreicht, ist die Vereinigung verpflichtet, dem Medienrat auf Anfrage das Original beziehungsweise die Aufzeichnung dieses Beitrages zu übermitteln und alle zweckdienlichen Informationen zwecks Prüfung der Beschwerde zu erteilen.

Nutzung von Produktions- und Sendemitteln, Haftung des Nutzungsberechtigten

Art. 6 - § 1 Die Vereinigung stellt den Nutzungsberechtigten auf Anfrage die verfügbaren sende- und produktionstechnischen Mittel - Bild- und Tonträger ausgeschlossen - kostenlos zur Verfügung. Dies geschieht in der Reihenfolge der entsprechenden Reservierungsanmeldungen. Die Ausgabe beziehungsweise Nutzung von Produktionsmitteln kann erst erfolgen, nachdem der Nutzungsberechtigte die Sendeangabe vorgenommen hat.

Die Ausleihe und/oder Benutzung von Produktionsmitteln kann nur mit dem Ziel erfolgen, einen unentgeltlichen Beitrag im Offenen Kanal zu senden. Eine entgeltliche Verwendung des Beitrages bleibt auch nach der Sendung untersagt.

§ 2 Die Vereinigung händigt dem Nutzungsberechtigten eine Benutzerordnung und einen Verleihschein mit Wertangabe für die zur Verfügung gestellten Produktionsmittel aus.

§ 3 Der Nutzungsberechtigte haftet in vollem Umfang für alle von ihm verursachten Schäden an den von ihm genutzten Produktionsmitteln beziehungsweise für deren Verlust.

Die Vereinigung kann die vorherige Zahlung einer angemessenen Kautions vom Nutzungsberechtigten verlangen.

Ausschluss von der Nutzung

Art. 7 - § 1 Im Falle eines Verstoßes gegen Artikel 15 oder Artikel 25 § 2 Absatz 4 des Dekretes kann die Regierung nach Gutachten des Medienrates einen Nutzungsberechtigten für einen Zeitraum, der im Einzelfall einen Zeitraum von fünf Jahren nicht überschreiten darf, von der Nutzung des Offenen Kanals ausschließen.

§ 2 Im Falle eines Verstoßes gegen weitere Bestimmungen des vorliegenden Erlasses oder im Falle der Missachtung der auf der Grundlage dieses Erlasses getroffenen Entscheidungen der Vereinigung kann die Regierung nach Gutachten des Medienrates einen Nutzungsberechtigten für einen Zeitraum, der im Einzelfall zwei Jahre nicht überschreiten darf, von der Nutzung des Offenen Kanals ausschließen.

§ 3 Die Regierung kann, wenn sie einen Verstoß im Sinne des § 1 oder des § 2 feststellt, einen Nutzungsberechtigten bis zur endgültigen in § 1 oder § 3 angeführten Entscheidung vorläufig von der Nutzung des Offenen Kanals ausschließen.

§ 4 Werden die gebuchte Sendezeit oder die gebuchten sende- und produktionstechnischen Mittel nicht in Anspruch genommen, hat der Nutzungsberechtigte dies der Vereinigung mitzuteilen.

Bei einer unentschuldigtem Nichtinanspruchnahme verliert der Nutzungsberechtigte den Anspruch auf weitere gebuchte Sendezeiten und sende- und produktionstechnische Mittel. Im Wiederholungsfalle kann ein Ausschluss von der Nutzung gemäß § 2 und § 3 erfolgen.

Durchführung

Art. 8 - Der für Medien zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 16. Juni 2000

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Der Minister-Präsident,
Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport,
K.H. LAMBERTZ

TRADUCTION

F. 2000 — 2294

[C — 2000/33069]

16 JUIN 2000. — Arrêté du Gouvernement établissant un règlement d'utilisation pour la chaîne ouverte

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret sur les médias du 26 avril 1999, notamment l'article 25;

Vu l'avis rendu par le Conseil des médias le 25 avril 2000;

Vu l'avis de l'inspecteur des Finances, donné le 1^{er} février 2000;

Vu les lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1^{er}, remplacé par la loi du 4 juillet 1989 et modifié par la loi du 4 août 1996;

Vu l'urgence,

Considérant que l'urgence se justifie étant donné que la chaîne ouverte et l'association sans but lucratif chargée de sa mise en oeuvre technique et organisationnelle existent déjà, que des participations télévisuelles sont déjà diffusées, ce qui nécessite l'adoption d'un règlement d'utilisation;

Sur la proposition du Ministre-Président, Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports,

Après délibération,

Arrête :

Définitions

Article 1^{er}. Dans le présent arrêté, il faut entendre par :

1. Gouvernement : le Gouvernement de la Communauté germanophone;

2. Décret : le décret sur les médias du 26 avril 1999;

3. chaîne ouverte : programme télévisé ayant comme pouvoir organisateur la Communauté germanophone, mis au point par des personnes physiques ou morales, en ce qu'elles transmettent - sous leur propre responsabilité - des participations télévisuelles d'une durée limitée;

4. titulaire du droit d'usage : la personne physique ou morale constituant un titulaire du droit d'usage conformément à l'article 25, § 3 du décret;

5. association : l'association sans but lucratif chargée de la mise en oeuvre technique et organisationnelle de la chaîne ouverte conformément à l'article 25, § 1^{er} du décret.

Droit d'usage, liste des usagers

Art. 2. Avant de pouvoir utiliser une première fois les possibilités offertes par la chaîne ouverte, le titulaire du droit d'usage est inscrit sur la liste des usagers qui doit être établie par l'association.

L'inscription en tant que titulaire du droit d'usage s'effectue personnellement auprès d'un bureau de l'association. Si le titulaire du droit d'usage est une personne morale ayant son siège social en région de langue allemande, l'inscription est effectuée par une personne physique mandatée par elle.

Lors de l'inscription, le demandeur fait valoir son droit d'usage en présentant l'un des documents énumérés ci-dessous :

1° une carte d'identité valable s'il s'agit d'une personne physique domiciliée en région de langue allemande;

2° une carte d'identité valable ainsi qu'une attestation valable délivrée par l'employeur ou l'établissement de formation établissant que le lieu de travail ou de formation du demandeur est bien situé en région de langue allemande, s'il s'agit d'une condition imposée pour pouvoir bénéficier du droit d'usage;

3° si le titulaire du droit d'usage est une personne morale, une carte d'identité valable, le mandat délivré par la personne morale et un document attestant que le siège social de la personne morale est bien situé en région de langue allemande;

4. Une carte d'identité valable et une attestation du Gouvernement si le droit d'usage a été octroyé conformément à l'article 25, § 3 du décret.

Inscription d'une participation, responsabilité du titulaire du droit d'usage quant aux participations

Art. 3. § 1^{er} - Pour toute participation qu'il souhaite diffuser sur la chaîne ouverte, le titulaire du droit d'usage signe un formulaire d'inscription mis à sa disposition par l'association et le transmet personnellement au mandataire de l'association dans un bureau de l'association. L'association peut vérifier si le demandeur dispose toujours du droit d'usage en suivant la procédure prévue à l'article 2, alinéa 3.

Outre les données à caractère personnel relatives au titulaire du droit d'usage, l'intitulé de la participation avec brève description du contenu, sa durée, son mode de production, la date d'émission souhaitée et la date de remise de cette participation, l'inscription reprend les déclarations suivantes selon lesquelles :

1° les droits de tiers ne s'opposent pas à la diffusion de la participation;

2° le titulaire du droit d'usage a pris connaissance du règlement d'utilisation et l'accepte;

3° La participation inscrite n'enfreint pas le droit en vigueur, notamment les articles 15 et 25, § 2, alinéa 4 du décret;

4° aucune redevance ne doit être versée aux sociétés de droits d'auteur et d'exploitation pour la participation inscrite, ou - si une redevance doit être payée - une liste exhaustive des oeuvres utilisées, protégées par les droits d'auteurs doit être remise en même temps que la participation, lorsqu'il s'agit de participations préenregistrées, ou immédiatement après l'émission, lorsqu'il s'agit d'une participation diffusée en direct. Le titulaire du droit d'usage s'engage, au moment où il remet la liste, à s'acquitter des redevances dues;

5° le titulaire du droit d'usage est responsable de la participation; il dégage également, tant l'association que la Communauté germanophone, des demandes de dommages et intérêts émanant de tiers et qui pourraient résulter de la diffusion de la participation;

6° le titulaire du droit d'usage s'engage à indiquer son nom et son adresse complète dans les génériques de début et de fin de la participation, données sans lesquelles la participation ne peut être transmise.

§ 3 - Les participations produites par des mineurs d'âge ou à la production desquelles participent des mineurs d'âge sont inscrites, par un titulaire du droit d'usage majeur repris sur la liste des usagers visée à l'article 2, sur un formulaire particulier établi par l'association. En signant ce formulaire, le titulaire du droit d'usage se porte garant pour la participation en sa qualité de titulaire du droit d'usage au sens du décret et du présent règlement d'utilisation.

§ 4 - Les participations d'une personne morale titulaire du droit d'usage sont inscrites par une personne physique mandatée selon les règles énoncées au § 1^{er}.

§ 5 - L'inscription d'une participation est personnelle et ne peut être cédée à un tiers par le titulaire du droit d'usage.

Un titulaire du droit d'usage ne peut inscrire que les participations produites par lui.

§ 6 - Un titulaire du droit d'usage peut inscrire au maximum trois participations par semaine d'émission. Il ne peut en inscrire trois autres qu'une fois que les participations précédemment inscrites ont été diffusées ou que leur date de diffusion a été annulée par écrit. L'interruption d'une production doit être communiquée immédiatement et par écrit à l'association.

Délais et durée d'émission

Art. 4. § 1^{er} - Les participations sont diffusées selon leur ordre d'inscription dans les créneaux horaires qui leur sont réservés dans la grille de programmes. L'association élabore pour ce faire une grille de programmes qu'elle transmet pour information au Gouvernement. Le titulaire du droit d'usage peut faire son choix parmi les créneaux disponibles au moment de l'inscription. Une participation télévisuelle d'actualité peut être diffusée en dehors de son ordre d'inscription lorsque d'autres créneaux sont libres ou lorsqu'un titulaire du droit d'usage donne son accord pour que sa participation soit postposée en faveur de la participation d'actualité.

Le moment où une participation sera diffusée est déterminé au moment de son inscription. La réservation ne peut se faire plus de six mois à l'avance.

§ 2 - L'association détermine uniformément, pour tous les titulaires du droit d'usage, la longueur maximale des participations.

Droit de réponse, réclamations, délais de conservation des participations

Art. 5. § 1^{er} - Le droit de réponse est garanti conformément aux chapitres II et III de la loi du 23 juin 1961 relative au droit de réponse, introduits par la loi du 4 mars 1977, les demandes devant être adressées au titulaire du droit d'usage responsable de la participation.

En ce qui concerne la chaîne ouverte, les règles de procédure suivantes sont d'application pour garantir le droit de réponse :

1° Toute personne physique ou morale qui, se référant à la loi du 23 juin 1961, souhaite faire valoir un droit de réponse relativement à une participation diffusée sur la chaîne ouverte, se voit communiquer - sur demande adressée par recommandé à l'association - au plus tard 7 jours après la date de signification de cette demande, les nom et adresse du titulaire du droit d'usage ayant inscrit la participation concernée et responsable de son contenu;

2° La personne qui, conformément à la loi du 23 juin 1961, fait valoir un droit de réponse auprès d'un titulaire du droit d'usage de la chaîne ouverte, en informe l'association par recommandé en y annexant une copie de sa réclamation;

3° Conformément à l'article 13 de la loi du 23 juin 1961, l'association conserve l'original ou un enregistrement de chaque participation diffusée via la chaîne ouverte pendant au moins 30 jours à dater de la diffusion. Si, durant ce délai, une demande en droit de réponse lui est faite conformément à l'alinéa 2, elle conserve l'original ou l'enregistrement jusqu'à ce qu'il soit mis fin à la procédure dans l'une des formes prévues par la loi du 23 juin 1961;

4° Si une personne bénéficie d'un droit de réponse conformément à la loi du 23 juin 1961 et qu'elle communique à l'association l'accord intervenu ou la décision prise en la matière par recommandé, la réponse est diffusée par un membre de l'association avant toute première participation émise après par la chaîne ouverte et clairement identifiée en tant que telle pendant toute la durée de sa diffusion.

§ 2 - Si une personne physique ou morale au sens de l'article 54, § 1, 5° du décret sur les médias introduit auprès du Conseil des Médias de la Communauté germanophone une réclamation contre une participation diffusée sur la chaîne ouverte, l'association est tenue de transmettre à toute réquisition du Conseil des Médias l'original ou l'enregistrement de la participation incriminée ainsi que toute information jugée utile pour examiner la réclamation.

Utilisation de moyens de production et de diffusion, responsabilité du titulaire du droit d'usage

Art. 6. § 1 - Sur demande du titulaire du droit d'usage, l'association met gratuitement à sa disposition les moyens techniques de diffusion et de production, à l'exception des supports visuels et sonores. Ceci s'effectue selon l'ordre des réservations. La délivrance ou l'utilisation de moyens de production ne peut s'effectuer qu'après l'inscription de l'émission par le titulaire du droit d'usage.

Le prêt et/ou l'utilisation de moyens de production ne peuvent intervenir que dans le but de diffuser une participation gratuite sur la chaîne ouverte. L'utilisation à titre onéreux d'une participation reste interdite même après diffusion.

§ 2 - L'association remet au titulaire du droit d'usage un règlement d'utilisation et un bon de prêt avec mention de la valeur des moyens de production mis à disposition.

§ 3 - Le détenteur du droit d'usage est totalement responsable de tout dommage éventuellement causé par lui aux moyens de production qu'il utilise ou de la perte de ceux-ci.

L'association peut exiger de l'usager le paiement préalable d'une caution raisonnable.

Interdiction d'utilisation

Art. 7. § 1 - En cas d'infraction à l'article 15 ou 25, § 2, alinéa 4 du décret, le Gouvernement peut, sur avis du Conseil des Médias, interdire à un titulaire du droit d'usage d'utiliser la chaîne ouverte pour une période qui, en l'espèce, ne peut excéder 5 ans.

§ 2 - En cas d'infraction aux autres dispositions du présent arrêté ou de non respect des décisions prises par l'association en vertu du présent arrêté, le Gouvernement peut, sur avis du Conseil des médias, interdire à un titulaire du droit d'usage d'utiliser la chaîne ouverte pour une période qui, en l'espèce, ne peut excéder 2 ans.

§ 3 - S'il constate une infraction au sens des §§ 1 et 2, le Gouvernement peut interdire provisoirement à un titulaire du droit d'usage d'utiliser la chaîne ouverte jusqu'à la décision définitive mentionnée aux §§ 1 et 3.

§ 4 - Si le titulaire du droit d'usage n'utilise pas le temps d'antenne ou les moyens techniques de diffusion et de production réservés, il doit en informer l'association.

S'il ne se justifie pas, il perd ses droits quant aux temps d'émission ou moyens techniques de diffusion et de production qu'il a déjà réservés. En cas de récidive, l'usage de la chaîne ouverte peut lui être refusé conformément aux §§ 2 et 3.

Exécution

Art. 8. Le Ministre compétent en matière de Médias est chargé de l'exécution du présent arrêté.
Eupen, le 16 juin 2000.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,
Le Ministre-Président,
Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports,
K.-H. LAMBERTZ

VERTALING

N. 2000 — 2294

[C — 2000/33069]

16 JUNI 2000. — Besluit van de Regering houdende goedkeuring van een gebruiksreglement voor het open kanaal

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet over de media van 26 april 1999, inzonderheid op artikel 25;

Gelet op het advies uitgebracht door de Mediaraad op 25 april 2000;

Gelet op het advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 1 februari 2000;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, vervangen bij de wet van 4 juli 1989 en gewijzigd bij de wet van 4 augustus 1996;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de dringende noodzakelijkheid gerechtvaardigd is daar het open kanaal en de vereniging zonder winstoogmerk belast met het technisch en organisatorisch gebruik ervan al bestaan en televisuele participaties al uitgezonden worden, zodat de goedkeuring van een gebruiksreglement noodzakelijk wordt;

Op de voordracht van de Minister-President, Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport;

Na beraadslaging,

Besluit :

Definities

Artikel 1. In dit besluit verstaat men onder :

1. Regering : de Regering van de Duitstalige Gemeenschap;

2. decreet : het decreet over de media van 26 april 1999;

3. open kanaal : een door de Duitstalige Gemeenschap opgericht televisieprogramma dat uitgewerkt wordt door natuurlijke of rechtspersonen die op eigen verantwoordelijkheid televisuele participaties met een beperkte duur uitzenden;

4. houder van het gebruiksrecht : de natuurlijke of rechtspersoon die overeenkomstig artikel 25, § 3 van het decreet houder is van het gebruiksrecht;

5. vereniging : de vereniging zonder winstoogmerk die overeenkomstig artikel 25, § 1 van het decreet belast is met het technisch en organisatorisch gebruik van het open kanaal.

Gebruiksrecht, lijst van de gebruikers

Art. 2. Alvorens hij gebruik maakt van de mogelijkheden aangeboden door het open kanaal, wordt de houder van het gebruiksrecht op de lijst van de gebruikers ingeschreven die door de vereniging moet worden opgesteld.

De inschrijving als houder van het gebruiksrecht geschiedt persoonlijk ter kantore van de vereniging. Is de houder van het gebruiksrecht een rechtspersoon die haar maatschappelijke zetel in het Duitse taalgebied heeft, dan wordt ze ingeschreven door een natuurlijke persoon die ze daartoe heeft gemachtigd.

Bij de inschrijving doet de aanvrager zijn gebruiksrecht gelden door één der hierna vermelde documenten voor te leggen :

1° een geldige identiteitskaart als het om een in het Duitse taalgebied woonachtige natuurlijke persoon gaat;

2° een geldige identiteitskaart en een geldig attest uitgereikt door de werkgever of de opleidingsinstelling waaruit blijkt dat de aanvrager zijn werkplaats of zijn opleidingsplaats wel in het Duitse taalgebied heeft, indien die voorwaarde moet worden vervuld om het gebruiksrecht te kunnen genieten;

3° als de houder van het gebruiksrecht een rechtspersoon is, een geldige identiteitskaart, de door de rechtspersoon verleende machtiging en een document waaruit blijkt dat de maatschappelijke zetel van de rechtspersoon wel in het Duitse taalgebied gevestigd is;

4° een geldige identiteitskaart en een attest van de Regering, indien het gebruiksrecht verleend is overeenkomstig artikel 25, § 3 van het decreet.

Inschrijving van een participatie, verantwoordelijkheid van de houder van het gebruiksrecht qua participaties

Art. 3. § 1 - Voor elke participatie die hij via het open kanaal wenst uit te zenden, ondertekent de houder van het gebruiksrecht een door de vereniging te zijner beschikking gesteld inschrijvingsformulier en overhandigt het aan de gemachtigde van de vereniging ten kantore ervan. De vereniging kan nagaan of de aanvrager het gebruiksrecht nog altijd geniet door de in artikel 2, lid 3 bepaalde procedure te volgen.

Naast de identificatiegegevens betreffende de houder van het gebruiksrecht, de titel van de participatie met een korte beschrijving ervan, de duur ervan, de vervaardigingswijze, de gewenste zenddatum en de datum waarop de participatie wordt afgegeven, houdt de inschrijving de volgende verklaringen in, volgens welke :

1° de uitzending van de participaties de rechten van derde niet tegenstaat;

2° de houder van het gebruiksrecht het gebruiksreglement ter kennis heeft genomen en het aanneemt;

3° de ingeschreven participatie het geldende recht niet overtreedt, inzonderheid de artikelen 15 en 25, § 2, lid 4 van het decreet;

4° geen retributie moet worden betaald aan de vennootschappen voor auteurs- en exploitatierechten of - indien een retributie wel wordt opgeheven - een volledige lijst met de gebruikte door de auteursrechten beschermde werken moet worden afgegeven, ofwel samen met de participatie, als het om een vooraf geproduceerde uitzending gaat, ofwel onmiddellijk na de uitzending als het om een rechtstreekse uitzending gaat. Als hij de lijst afgeeft, verbindt zich de houder ertoe de verschuldigde retributies te betalen.

5° de houder van het gebruiksrecht voor de participatie verantwoordelijk is; hij ontslaat zowel de vereniging als de Duitstalige Gemeenschap van elke schadevergoeding die door een derde wegens de uitzending van de participatie zou kunnen worden geëist.

6° de houder van het gebruiksrecht er zich toe verbindt, zijn naam en zijn volledig adres aan het begin en aan het einde van de participatie te vermelden; zonder die gegevens mag de participatie niet uitgezonden worden.

§ 3 - Een houder van het gebruiksrecht opgenomen in de lijst van de gebruikers bedoeld in artikel 2 schrijft participaties die door minderjarigen geproduceerd worden of aan de productie waarvan ze deelgenomen hebben op een specifiek formulier in dat door de vereniging opgesteld is. Door dit formulier te ondertekenen is de houder van het gebruiksrecht verantwoordelijk voor de participatie in zijn hoedanigheid van houder van het gebruiksrecht in de zin van het decreet en van dit gebruiksreglement.

§ 4 - De participaties van een rechtspersoon die houder is van het gebruiksrecht worden ingeschreven volgens de in § 1 bepaalde regels door een natuurlijke persoon die ze daartoe machtigt.

§ 5 - De inschrijving van een participatie is persoonlijk; de houder van het gebruiksrecht mag ze niet aan een derde overdragen.

Een houder van het gebruiksrecht mag slechts door hem geproduceerde participaties inschrijven.

§ 6 - Een houder van het gebruiksrecht mag ten hoogste drie participaties per week inschrijven. Hij mag pas drie andere participaties inschrijven als de vroeger ingeschreven participaties uitgezonden zijn of als de zenddatum ervan schriftelijk geannuleerd is. De onderbreking van een productie moet de vereniging onmiddellijk en schriftelijk meegedeeld worden.

Zenduren en zendtijd

Art. 4. § 1 - De participaties worden op de zenduren uitgezonden die naar de inschrijvingsvolgorde bepaald worden op het programmaschema. Dit programmaschema wordt door de vereniging uitgewerkt en de Regering ter informatie toegestuurd. De houder van het gebruiksrecht kan tussen de zenduren kiezen die bij de inschrijving beschikbaar zijn. Een televisuele participatie m.b.t. de actualiteit mag uitgezonden worden zonder rekening te houden met de inschrijvingsvolgorde ervan, als andere zenduren beschikbaar zijn of als een houder van het gebruiksrecht erin toestemt dat zijn participatie later uitgezonden wordt.

De zenduur van een participatie wordt bij de inschrijving bepaald. Het boeken mag ten hoogste 6 maanden van tevoren geschieden.

§ 2 - De vereniging bepaalt een maximale standaard lengte die voor alle houders van het gebruiksrecht geldt.

Recht tot antwoord, klachten, en termijnen voor het bewaren van de participaties

Art. 5. § 1 - Het recht tot antwoord wordt gewaarborgd overeenkomstig de hoofdstukken II en III van de wet van 23 juni 1961 betreffende het recht tot antwoord, ingevoegd door de wet van 4 maart 1977, waarbij de aanvragen aan de voor de participatie verantwoordelijke houder van het gebruiksrecht moeten worden gericht.

Wat het open kanaal betreft, zijn volgende procedurevoorschriften van toepassing om het recht tot antwoord te waarborgen :

1° op aanvraag gericht per aangetekende brief aan de vereniging worden aan elke natuurlijke of rechtspersoon die, zich beroepend op de wet van 23 juni 1961, een recht tot antwoord wenst te doen gelden m.b.t. een op het open kanaal uitgezonden participatie ten laatste 7 dagen na de betekening van zijn aanvraag de naam en het adres van de houder van het gebruiksrecht medegedeeld die de betreffende participatie heeft ingeschreven en voor de inhoud waarvan hij verantwoordelijk is;

2° de persoon die overeenkomstig de wet van 23 juni 1961 een recht tot antwoord doet gelden bij de houder van het gebruiksrecht op het open kanaal, informeert er de vereniging van per aangetekende brief waarbij hij een afschrift van zijn klacht voegt;

3° overeenkomstig artikel 13 van de wet van 23 juni 1961 bewaart de vereniging het origineel of een opname van elke op het open kanaal uitgezonden participatie tijdens ten minste 30 dagen te rekenen vanaf de uitzending. Wordt binnen die termijn een aanvraag tot antwoord overeenkomstig lid 2 ingediend, dan bewaart ze het origineel of de opname totdat een einde wordt gemaakt aan de procedure volgens één der regels waarin de wet van 23 juni 1961 voorziet;

4° geniet een persoon een recht tot antwoord overeenkomstig de wet van 23 juni 1961 en deelt die persoon de vereniging de desbetreffende overeenkomst of beslissing per aangetekende brief mede, dan wordt het antwoord door een lid van de vereniging gelezen in de eerstvolgende participatie die door het open kanaal uitgezonden wordt; dit antwoord wordt gedurende de hele duur van de uitzending duidelijk als zodanig gekenmerkt.

§ 2 - Als een natuurlijke of rechtspersoon in de zin van artikel 54, § 1, 5° van het decreet over de media een klacht bij de Mediaraad van de Duitstalige Gemeenschap indient tegen een participatie uitgezonden op het open kanaal, is de vereniging ertoe verplicht - op elk verzoek van de Mediaraad - hem het origineel of de opname van bestreden participatie alsmede elke informatie te doen toekomen die nuttig wordt geacht om de klacht te onderzoeken.

Aanwending van de uitzendings- en productiemiddelen, aansprakelijkheid van de houder van het gebruiksrecht

Art. 6. § 1 - Op verzoek van de houder van het gebruiksrecht stelt de vereniging de technische uitzendings- en productiemiddelen gratis ter beschikking, met uitzondering van de beeld- en geluidsdragers. Dit geschiedt naar de volgorde van de boekingen. De uitlening of de aanwending van de productiemiddelen mogen pas plaatsvinden nadat de houder van het gebruiksrecht de uitzending heeft ingeschreven.

De uitlening en/of aanwending van productiemiddelen mogen slechts geschieden met het oog op de kosteloze uitzending van een participatie op het open kanaal. Zelfs na de uitzending blijft het verboden een participatie onder bezwarende titel te gebruiken.

§ 2 - De vereniging overhandigt aan de houder van het gebruiksrecht een gebruiksreglement en een uitleningsbon met vermelding van de waarde van de ter beschikking gestelde productiemiddelen.

§ 3 - De houder van het gebruiksrecht is volkomen verantwoordelijk voor elke schade die hij aan de productiemiddelen zou kunnen berokkenen of voor het eventueel verlies ervan.

De vereniging kan van de houder van het gebruiksrecht eisen een redelijke borgsom te betalen.

Gebruiksverbod

Art. 7. § 1 - Bij overtreding van artikel 15 of 25, § 2, lid 4 van het decreet kan de Regering, op advies van de Mediaraad, een houder van het gebruiksrecht verbieden het open kanaal te gebruiken voor een periode die, in het gegeven geval, 5 jaar niet mag overschrijden.

§ 2 - Bij overtreding van andere bepalingen van dit besluit of bij niet naleving van de beslissingen die door de vereniging krachtens dit besluit genomen zijn, kan de Regering, op advies van de Mediaraad, aan een houder van het gebruiksrecht verbieden het open kanaal te gebruiken voor een periode die, in het gegeven geval, 2 jaar niet mag overschrijden.

§ 3 - Stelt de Regering een overtreding in de zin van de §§ 1 en 2 vast, dan kan zij aan een houder van het gebruiksrecht voorlopig verbieden het open kanaal te gebruiken totdat de definitieve beslissing vermeld in de §§ 1 en 3 wordt genomen.

§ 4 - Maakt de houder geen gebruik van de door hem geboekte zendtijd of van de technische productie- en uitzendingsmiddelen, dan moet hij de vereniging ervan informeren.

Indien hij zich niet rechtvaardigt, verliest hij zijn rechten op de zendtijden of de technische uitzendings- en productiemiddelen die hij al geboekt heeft. In geval van herhaling kan het gebruik van het open kanaal hem geweigerd worden.

Uitvoering

Art. 8. De Minister bevoegd inzake Media is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 16 juni 2000.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap
De Minister-President,
Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,
K.-H. LAMBERTZ



D. 2000 — 2295

[C — 2000/33059]

29. JUNI 2000 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 15. März 1974 zur Festlegung der ab dem 1. April 1972 gültigen Besoldungsgruppen für das vom Ministerium der Nationalen Erziehung und der Französischen Kultur beziehungsweise vom Ministerium der Nationalen Erziehung und der Niederländischen Kultur im Fortbildungsunterricht beschäftigte Personal

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Auf Grund des Gesetzes vom 22. Mai 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens, abgeändert durch die Gesetze vom 31. März 1967, 6. Juli 1970, 27. Juli 1971, 11. Juli 1973, 19. Dezember 1974, 18. Februar 1977, 2. Juli 1981, den Königlichen Erlass Nr. 296 vom 31. März 1984, den Königlichen Erlass Nr. 456 vom 10. September 1986 und das Dekret vom 17. Februar 1992;

Auf Grund des Königlichen Erlasses vom 15. März 1974 zur Festlegung der ab dem 1. April 1972 gültigen Besoldungsgruppen für das vom Ministerium der Nationalen Erziehung und der Französischen Kultur beziehungsweise vom Ministerium der Nationalen Erziehung und der Niederländischen Kultur im Fortbildungsunterricht beschäftigte Personal, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 9. Mai 1975, 21. Mai 1976, 31. Mai 1976, 8. Juli 1976, 18. April 1977 und 13. Januar 1989, durch die Erlasse der Exekutive vom 6. März 1991, 10. Mai 1991 und 3. März 1993 und den Erlass der Regierung vom 17. Mai 1995;

Auf Grund des Protokolls Nr. S5/2000 OSUW4/2000 vom 13. Juni 2000, das die Ergebnisse der in gemeinsamer Sitzung geführten Verhandlungen des Sektorenausschusses XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft und des in Artikel 17 § 2 Nr. 3 des Königlichen Erlasses vom 28. September 1984 vorgesehenen Unterausschusses enthält;

Auf Grund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 29. Mai 2000;

Auf Grund des Einverständnisses des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt vom 20. Juni 2000;

Auf Grund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere Artikel 3 § 1, ersetzt durch das Gesetz vom 4. Juli 1989 und abgeändert durch das Gesetz vom 4. August 1996;

Auf Grund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass die im vorliegenden Erlass vorgesehenen Änderungen umgehend verabschiedet und veröffentlicht werden sollen, damit rechtzeitig zu Beginn des Schuljahres 2000-2001 die angepassten Dienstpostentabellen Anwendung finden können;

Auf Vorschlag des Ministers für Unterricht und Ausbildung, Tourismus und Kultur;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL I — Abänderungen in Zusammenhang mit den erforderlichen Befähigungsnachweisen

Artikel 1 - Artikel 2, Kapitel A – Das Personal der technischen Kurse des Hochschulunterrichts – des Königlichen Erlasses vom 15. März 1974 zur Festlegung der ab dem 1. April 1972 gültigen Besoldungsgruppen für das vom Ministerium der Nationalen Erziehung und der Französischen Kultur beziehungsweise vom Ministerium der Nationalen Erziehung und der Niederländischen Kultur im Fortbildungsunterricht beschäftigte Personal, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 18. April 1977, wird wie folgt abgeändert:

1. in der Rubrik "Direktor" wird die Bestimmung "Inhaber eines Universitätsdiploms: 475" durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Inhaber eines Universitätsdiploms, eines Diploms eines Architekten, eines Diploms eines Industrie-Ingenieurs, das gemäß dem Gesetz vom 18. Februar 1977 über die Organisation des Hochschulunterrichts und insbesondere des technischen und des landwirtschaftlichen Hochschulunterrichts mit langer Studiendauer ausgehändigt wurde, oder eines Diploms, das dem Diplom eines Industrie-Ingenieurs gemäß dem vorgenannten Gesetz gleichgestellt ist: 475";

2. in der Rubrik "Unterdirektor" wird die Bestimmung des Punktes a) durch folgende Bestimmung ersetzt:

« a) Inhaber eines Universitätsdiploms, eines Diploms eines Architekten, eines Diploms eines Industrie-Ingenieurs, das gemäß dem Gesetz vom 18. Februar 1977 über die Organisation des Hochschulunterrichts und insbesondere des technischen und des landwirtschaftlichen Hochschulunterrichts mit langer Studiendauer ausgehändigt wurde, oder eines Diploms, das dem Diplom eines Industrie-Ingenieurs gemäß dem vorgenannten Gesetz gleichgestellt ist: 429";

3. in der Rubrik "Lehrbeauftragter für allgemeinbildende Kurse" wird die Bestimmung a) durch folgende Bestimmung ersetzt:

« a) Inhaber eines Lehrbefähigungsnachweises für die Oberstufe des Sekundarunterrichts, eines Diploms eines Architekten, eines Diploms eines Industrie-Ingenieurs, das gemäß dem Gesetz vom 18. Februar 1977 über die Organisation des Hochschulunterrichts und insbesondere des technischen und des landwirtschaftlichen Hochschulunterrichts mit langer Studiendauer ausgehändigt wurde, oder eines Diploms, das dem Diplom eines Industrie-Ingenieurs gemäß dem vorgenannten Gesetz gleichgestellt ist: 1/20 von 422";